



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

14. August 2020

Wochenbericht KW 33

forsa | Kantar

Wähleranteile:	Union bei 38 % bzw. 36 %, SPD bei 18 % bzw. 14 % Grüne bei 18 % bzw. 16 %, AfD bei 11 % bzw. 8 %
Regierungszufriedenheit:	7 von 10 Bürgern bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum, in der Pflege und bei der gerechten Verteilung der Steuerlast gesehen
Wirtschaft:	6 von 10 Bürgern erwarten Verschlechterung der ökonomischen Lage
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten erwarten keine Veränderungen Mehrheit findet Zeitpunkt für größere Anschaffungen weiterhin eher ungünstig
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS
CDU/CSU	38 (-)	36 (-2)
SPD	14 (-)	18 (+3)
FDP	6 (-)	6 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)
B'90/Grüne	18 (-)	16 (-2)
AfD	8 (-)	11 (-)
Sonstige	8 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	06.-12.08.

Die Union liegt bei forsa 24 (-) und bei Kantar 18 (-5) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Friedrich Merz	22
Olaf Scholz	19
Robert Habeck	21
keinen davon	38
Erhebungszeitraum	03.-07.08.

Friedrich Merz liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 3 Prozentpunkten Abstand vor Olaf Scholz und mit einem Prozentpunkt vor Robert Habeck.

45 % der CDU-Anhänger präferieren Merz, 15 % Scholz und 10 % Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 45 % für Merz, 17 % für Scholz und 10 % für Habeck entscheiden.

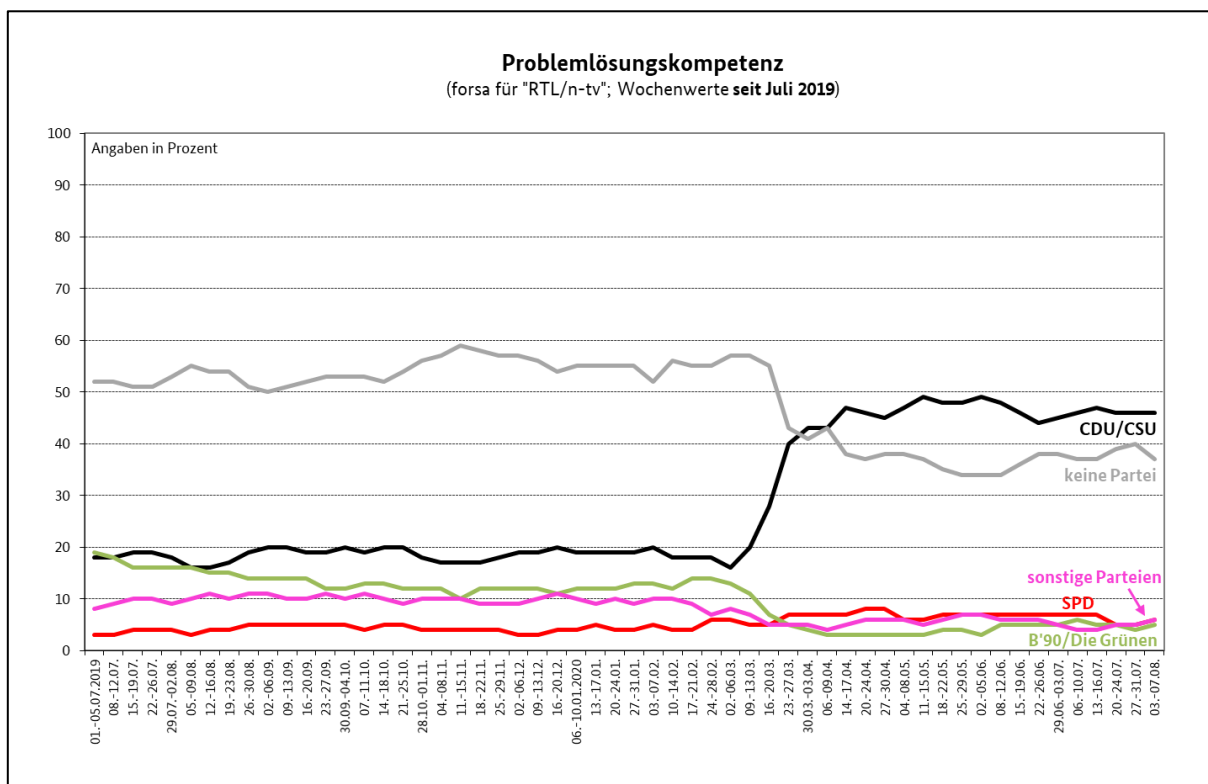
¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.08.2020)

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	46	(-)
SPD	6	(+1)
Grüne	5	(+1)
sonstige Parteien	6	(+1)
keine Partei	37	(-3)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 40 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 9 (+3) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



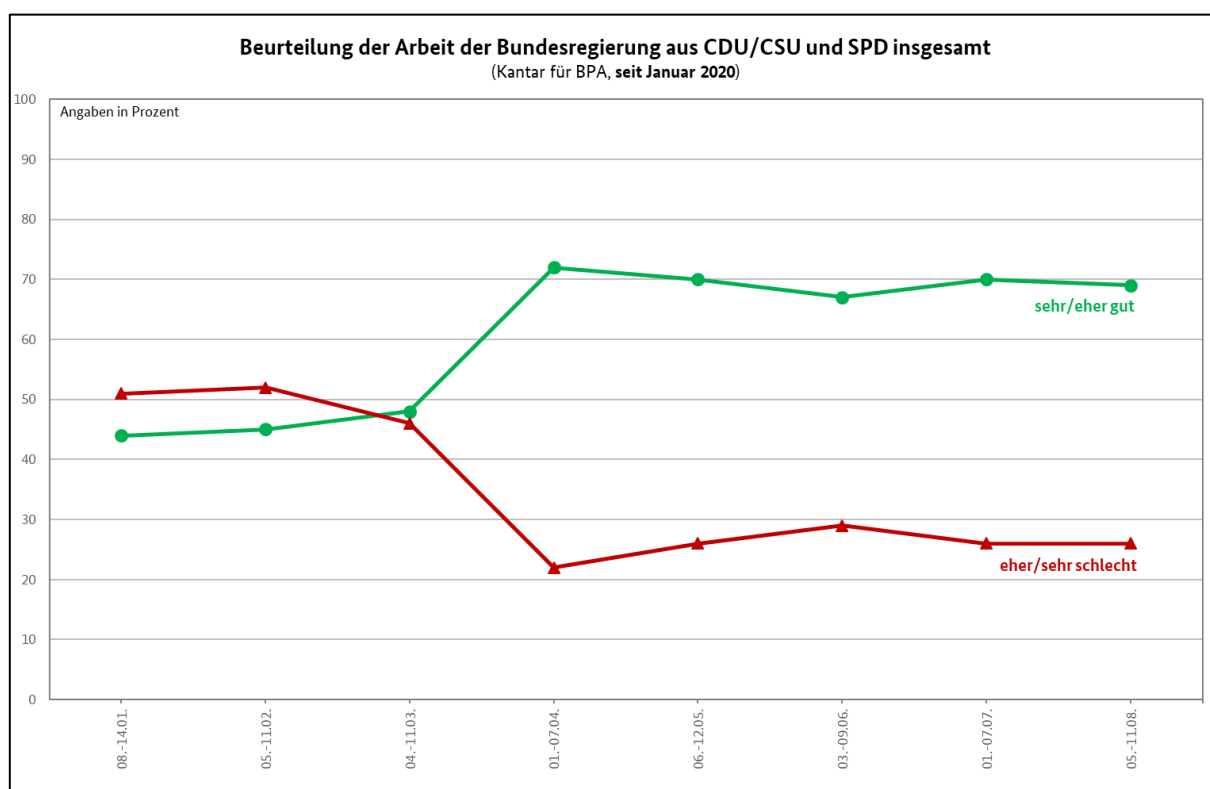
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im August 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	Kantar für BPA
sehr gut	8 (+1)
eher gut	61 (-3)
eher schlecht	18 (-2)
sehr schlecht	7 (+1)
Erhebungszeitraum	05.-11.08.

Anhänger der SPD (90 %), der Union und der Grünen (jew. 86 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (77 %) und der Linkspartei (40 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (-2)	26 (+1)	1 (-)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	67 (+1)	29 (-3)	2 (-)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	63 (-3)	33 (+1)	2 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+1)	33 (-2)	4 (-)	2 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	59 (+1)	36 (-1)	4 (+2)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	54 (-2)	39 (+1)	5 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-4)	41 (+5)	4 (-1)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-1)	40 (-)	5 (+1)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	48 (-1)	44 (-)	6 (-)	2 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (+1)	42 (-)	7 (-1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	45 (-1)	45 (-1)	7 (+1)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	42 (-)	41 (-)	13 (+1)	3 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	39 (+3)	45 (-2)	9 (-2)	5 (+1)
neue Technologien fördern	37 (-4)	48 (+3)	11 (+1)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	37 (-)	45 (-2)	12 (+2)	3 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (+2)	43 (-3)	14 (+1)	4 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-)	47 (-2)	15 (+3)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (+2)	50 (-4)	11 (+2)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	29 (+4)	51 (-7)	15 (+2)	3 (+1)
Staatsschulden begrenzen	29 (+3)	48 (-2)	17 (-)	3 (-2)
Verbraucherschutz stärken	27 (-)	56 (-)	13 (-)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27 (-)	52 (+2)	16 (-1)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-11.08.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von unter 30-Jährigen (82 %) überdurchschnittlich oft als sehr wichtig angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (77 % zu 67 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 63 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der SPD und der AfD (jew. 77 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie deutlich häufiger sehr wichtig als Männer (77 % zu 57 %).

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im August 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2020

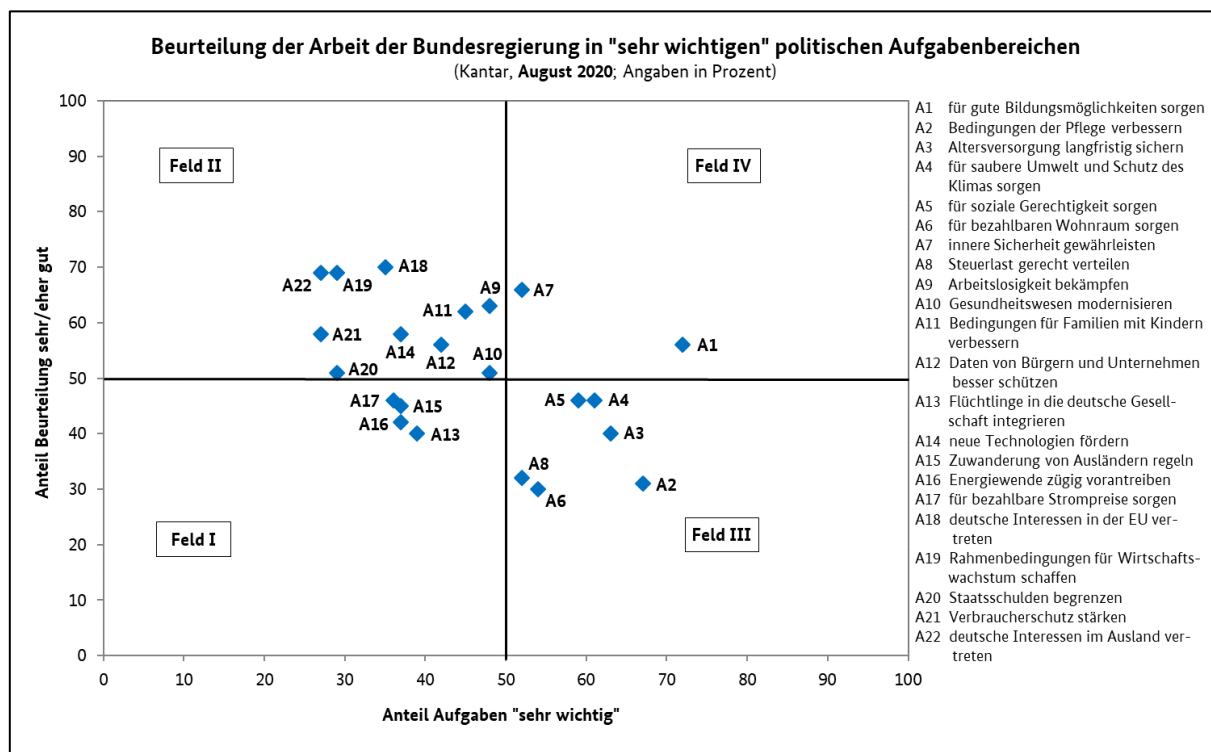
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (-)	23 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (-2)	22 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	69 (-2)	24 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	66 (+2)	31 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-)	31 (-3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	62 (-3)	32 (+1)
Verbraucherschutz stärken	58 (-4)	32 (+1)
neue Technologien fördern	58 (+1)	35 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	56 (-8)	37 (+6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	56 (-1)	40 (-1)
Staatsschulden begrenzen	51 (-3)	40 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	51 (+2)	44 (-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	46 (-4)	45 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (-2)	49 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	46 (-3)	51 (+3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	45 (+3)	50 (-4)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (-6)	54 (+6)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (-)	54 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	40 (-4)	54 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (-)	62 (-2)
Bedingungen der Pflege verbessern	31 (-4)	64 (+2)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	30 (-1)	65 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-11.08.	

In 12 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in acht Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in den Politikfeldern "Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen" und "Energiewende zügig vorantreiben" der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken (-8 bzw. -6 Prozentpunkte).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im August 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem in den Aufgabenbereichen „für bezahlbaren Wohnraum sorgen“ (A6) und „Bedingungen der Pflege verbessern“ (A2), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) sowie im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A5).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier lediglich die Aufgabenbereiche „innere Sicherheit gewährleisten“ (A7) und „für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen“ (A1) vertreten.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

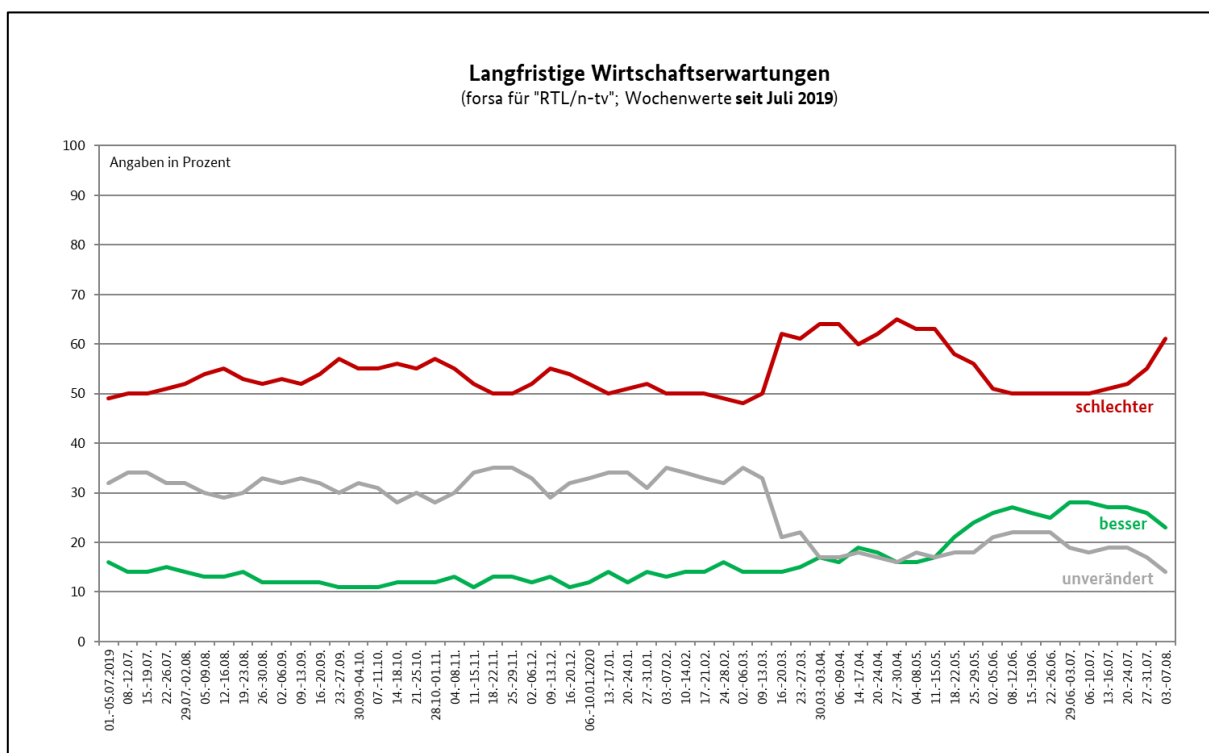
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	23	(-3)
schlechter	61	(+6)
unverändert	14	(-3)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich in dieser Woche wieder deutlich verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 38 (+9) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Der Anteil derjenigen, die mit keiner Veränderung der Wirtschaftsverhältnisse rechnen, ist auf den niedrigsten Wert seit Beginn der uns vorliegenden Zeitreihe im Jahr 1998 gesunken.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

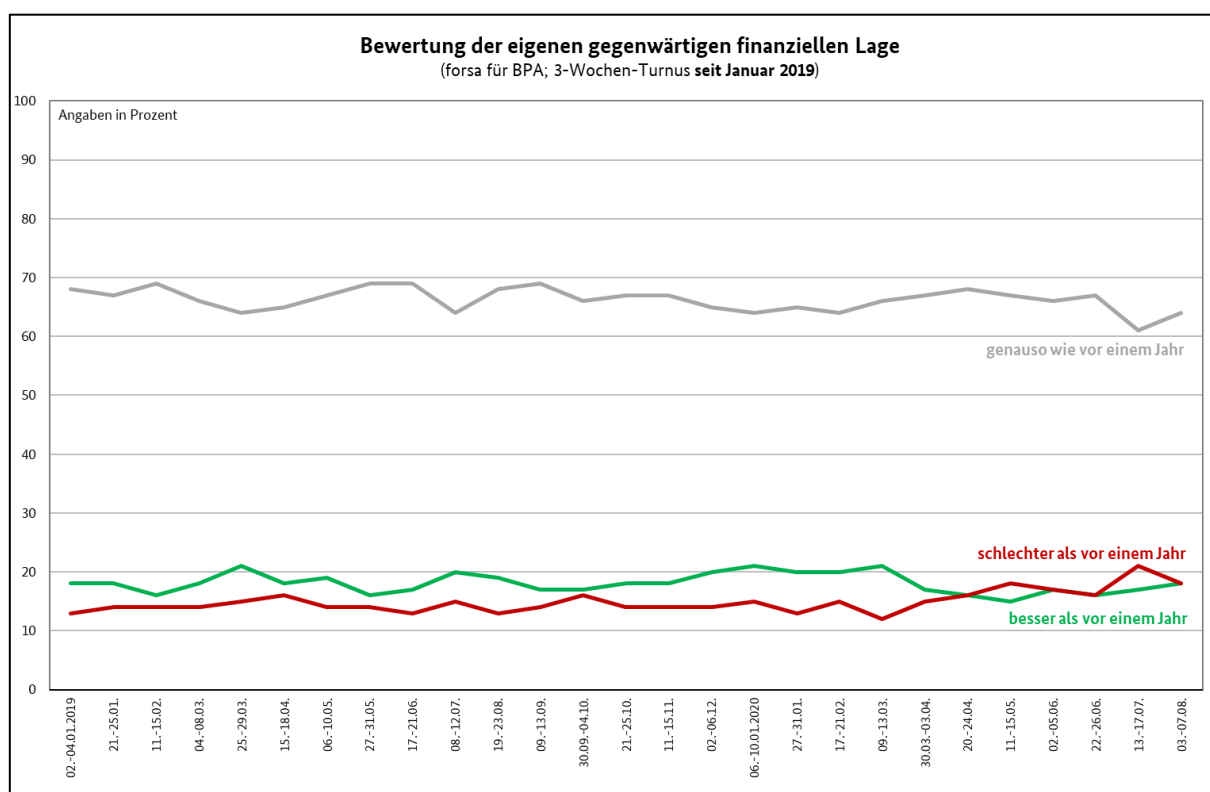
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	18 (+1)
schlechter als vor einem Jahr	18 (-3)
genauso wie vor einem Jahr	64 (+3)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.

Der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahrnehmen, liegt gleichauf mit dem Anteil derjenigen, die Verschlechterungen sehen.

Männer nehmen häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als Frauen (22 % zu 14 %), unter 45-Jährige häufiger als über 45-Jährige (25 % zu 13 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (23 % zu 11 %).

Anhänger der AfD (39 %) und der FDP (32 %) nehmen besonders oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr. Geringverdiener sind deutlich häufiger dieser Meinung als Gutverdiener (32 % zu 11 %).



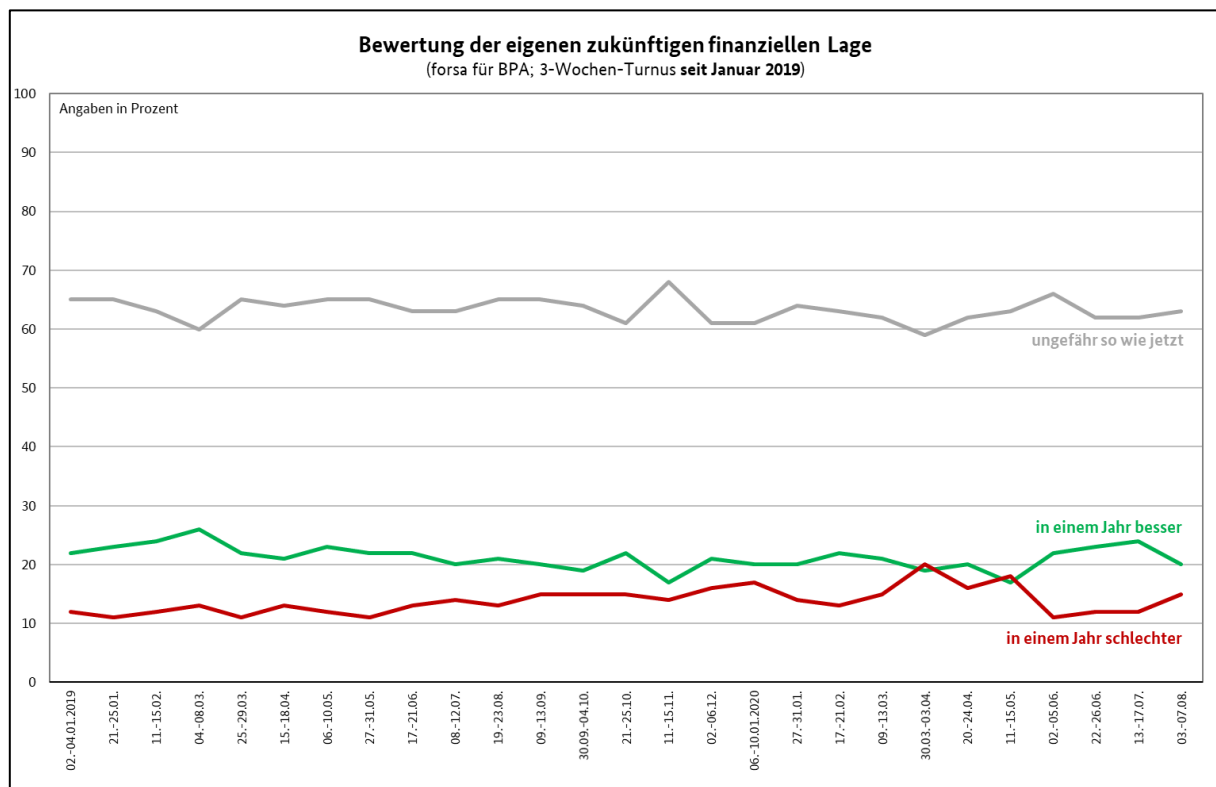
Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	20	(-4)
in einem Jahr schlechter	15	(+3)
ungefähr so wie jetzt	63	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Unter 45-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 45-Jährige (31 % zu 13 %). Auch Anhänger der FDP (35 %) sind hier überdurchschnittlich oft optimistisch.

Anhänger der AfD (27 %) gehen besonders oft von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.



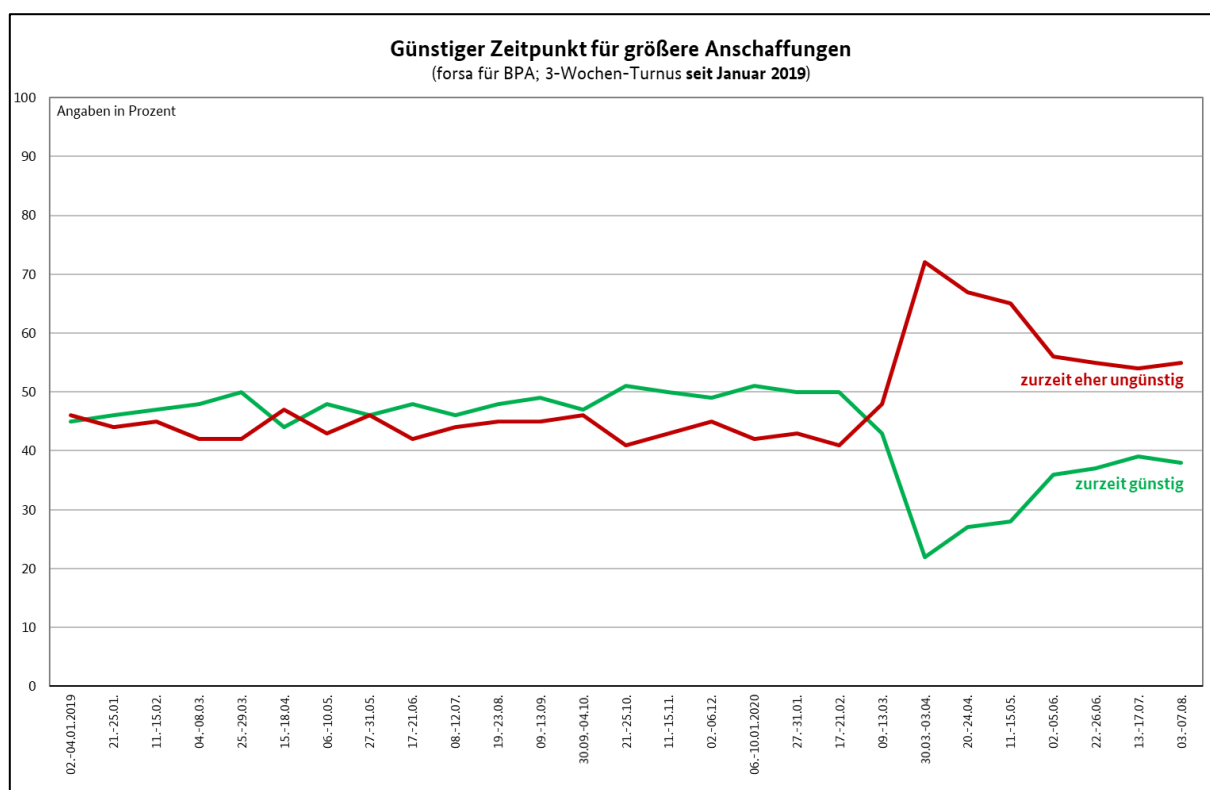
● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	38	(-1)
zurzeit eher ungünstig	55	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Anhänger der FDP (56 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre.

Anhänger der AfD (71 %) meinen besonders oft, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten. Ostdeutsche sind häufiger dieser Meinung als Westdeutsche (64 % zu 54 %), Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (64 % zu 50 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (63 % zu 50 %).



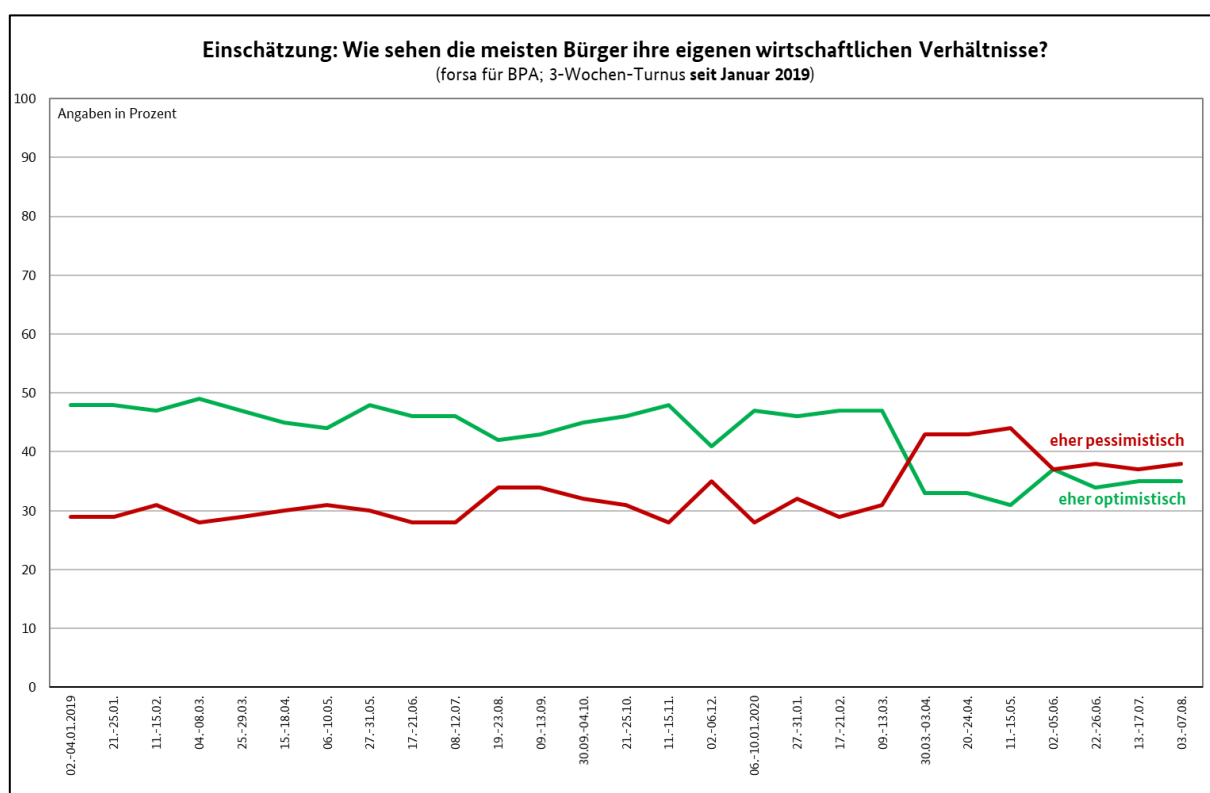
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 30

	forsa für BPA	
eher optimistisch	35	(-)
eher pessimistisch	38	(+1)
Erhebungszeitraum	03.-07.08.	

Gutverdiener glauben häufiger als Geringverdiener (40 % zu 27 %), dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Hingegen glauben 45- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 48 %) sowie Anhänger der AfD (55 %) überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	64 (-3)
Explosion im Hafen von Beirut	19 (+15)
SPD: Kanzlerkandidatur Olaf Scholz	10 (neu)
USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt	10 (-5)
Allgemeine Wirtschaftslage	5 (-1)
Erhebungszeitraum	10.-12.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Über 60-Jährige nennen das Thema "SPD: Kanzlerkandidatur Olaf Scholz" häufiger als unter 30-Jährige (15 % zu 3 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (13 % zu 5 %).

